

## Unsere Solidarität – die könnt ihr haben

### Freiheit für Josef

Am 24. Januar 2014 trafen sich mehrere Tausend Demonstrant\_innen, um dem Wiener Akademikerball ein Ende zu setzen. Der Wiener Akademikerball (bis 2013 Wiener Korporations Ring Ball) ist das jährlich stattfindende Großereignis der Burschenschaftler samt weiblicher Begleitung und der rechtskonservativen bis rechtsradikalen „Elite“ aus ganz Europa. Genauso regelmäßig zieht der Ball aber zum Glück auch linke Gegendemonstrant\_innen an. Schon Wochen vor dem Gruselereignis schürten Politik und Medien Angst vor „Krawallen“. So wurde eine neun Bezirke umfassende Bannmeile um den Austragungsort ausgerufen und ein „Schalverbot“ verhängt.

An diesem 24. Januar 2014 wurden 14 Aktivist\_innen festgenommen, 13 von ihnen wurden noch in derselben Nacht wieder freigelassen. Nur Josef, ein Antifaschist aus Jena, sitzt noch – bis heute – in Untersuchungshaft. Ihm wird Rädelsführer\_innenschaft bei Sachbeschädigungen im Zuge der Proteste, Körperverletzung und Landfriedensbruch vorgeworfen. Er trug an dem Abend eine schwarze Jacke mit weißer Aufschrift „BOYKOTT“. Damit war er von anderen unterscheidbar. Die Staatsanwält\_innenschaft folgt der bestehenden Logik: Weil er erkennbar war, muss er auch der Anführer sein. „Zeuge“ hierfür ist ein

Zivilpolizist, der bei den Protesten anwesend war. Dieser will gesehen haben, wie Josef einzelne Polizist\_innen direkt angegriffen hat. Der Haken an seiner Aussage: Von den Angegriffenen kann keiner mehr ermittelt werden. Weiter versucht der „Zeuge“, den Vorwurf, dass Josef der Rädelsführer war, mit einem Handyvideo bekräftigen, auf dem angeblich die Stimme Josefs zu hören sein soll. Eine Stimmanalyse zeigt jedoch, dass es gerade nicht Josefs Stimme ist. Zudem verstricken sich die Belastungszeugen in Widersprüche über Zeit, Ort und „Tathergang“. Die Überraschung: Das Gericht ist der Auffassung, dass sich der Verdacht gegen Josef erhärtet habe. Damit bleibt er in Untersuchungshaft.

Der Vorwurf der Rädelsführer\_innenschaft macht es möglich, dass eine Person für Straftaten anderer verurteilt werden kann, ohne dass es auf eigene Taten ankäme. So passt es auch ins Bild, dass nicht von Demonstrant\_innen gesprochen wird, sondern von Personen, die sich nur zusammengefunden haben, um Straftaten zu begehen, und den Aktionen damit der politische Gehalt abgesprochen wird. Josef soll also, stellvertretend für alle, die sich aktiv gegen den Wiener Akademikerball gestellt haben, haftbar gemacht werden. An ihm soll ein politisches Exempel statuiert werden.

### pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

#### Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de  
http://pressback.blogsport.de  
www.hamburg.rote-hilfe.de

#### Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de  
V.i.S.d.P.: H. Lange  
Postfach 3255, 37022 Göttingen

#### Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender\_innen zurückzusenden.

## Hamburger „Willkommenskultur“

### Brutaler Polizeieinsatz gegen die Lampedusa-Gruppe

Am 5. Juni kamen etwa 100 Menschen, die meisten aus der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“, auf dem Hamburger Rathausmarkt zusammen, setzten sich schweigend auf den Platz und breiteten einige Transparente aus. Die Gründe für ihren Protest waren vielfältig und drängend. Am Montag zuvor waren alle Wohncontainer an der St.-Pauli Kirche abgebaut worden, wodurch viele der dort lebenden Menschen obdachlos geworden waren oder in prekäre Wohnverhältnisse gerieten. Sehr zermürend für die Gruppe ist auch der unklare Aufenthaltsstatus und die fehlende Arbeitserlaubnis, ohne die eine Verbesserung ihrer Lebensbedingung kaum möglich ist. Zudem war noch bekannt geworden, dass einige Personen aus der Gruppe akut von der Abschiebung bedroht sind.

Da der Rathausmarkt von einer Bannmeile umschlossen wird, in der Versammlungen nur erlaubt sind, wenn sie vorher angemeldet und genehmigt wurden und eine Missachtung dessen eine Ordnungswidrigkeit darstellt, ließ ein Großaufgebot der Polizei nicht lange auf sich warten.

Nach circa zwei Stunden stillen Protests gegen die Politik des Hamburger Senats begann die Polizei zunächst, die Unterstützer\_innen mit Gewalt aus der Sitzblockade zu ziehen und später auch die Geflüchteten selbst. Dabei gingen die Beamt\_innen zum Teil mit großer Brutalität vor. Menschen wurden gewürgt, ihnen wurden im Schmerzgriff die Arme umgedreht, sie wurden mit Knien auf den Boden gedrückt und geprügelt. Mehrere Menschen wurden verletzt und zum Teil blutig geschlagen. Auch wurde aus kurzer Distanz Pfefferspray eingesetzt. Mehrere Rettungswagen mussten sich um verletzte und kollabierte Personen kümmern. Mindestens sieben Unterstützer\_innen und Geflüchtete wurden in Gewahrsam genommen und erst am späten Abend wieder freigelassen. Die Räumung der Bannmeile gelang der Polizei aber nicht.



FREIRAUM DES MONATS

Dass das Vorgehen und die Brutalität selbst im Maßstab der Polizei unverhältnismäßig waren, zeigt sich an der Weigerung einer Gruppe der Bereitschaftspolizei, weiter gegen die Demonstrant\_innen vorzugehen. Sie remonstrierte gegen den Befehl „schubst sie die Treppe runter!“, durch den mehrere Demonstrant\_innen einige Stufen heruntergestoßen werden sollten, was unweigerlich zu Verletzungen geführt hätte. Solch eine Befehlsverweigerung ist möglich, wenn Beamt\_innen eine Anweisung für rechtswidrig halten.

An der brutalen Reaktion auf den Protest hat sich gezeigt, wie überfordert der Senat mit der gegenwärtigen Situation ist. Der Kampf gegen ungewollte Migration, der integraler Bestandteil der europäischen Wirtschaftsordnung ist, soll nach dem Willen der Regierenden lieber an

den Außengrenzen, besser noch in den Herkunftsstaaten stattfinden. Die Gruppe Lampedusa in Hamburg zeigt jetzt aber sichtbar mitten in der Stadt, welche rassistische und menschenverachtende Politik die BRD und damit auch Hamburg betreibt.

Während es bei den meisten anderen illegalisierten Migrant\_innen gelingt, diese im Wege des normalen Asylverfahrens direkt wieder abzuschleppen, ist dies bei der gut organisierten und breit unterstützten Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ ungleich schwerer. Die Verweisung der Gruppenmitglieder in das normale Verfahren scheiterte bisher zumeist. Da die SPD-Regierung die Sache nicht aussitzen konnte, versucht sie jetzt wieder die Gruppe und ihre Unterstützer\_innen zu diskreditieren und zu kriminalisieren.

### Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / Rote Hilfe e.V.

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.  
Postfach 3255  
37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibeitrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)
- € anderer Betrag
- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler\_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Vorname_Name
Strasse_Hausnummer
PLZ_Wohnort
Telefonnummer
e-mail
Name_Ort des Kreditinstituts
BIC
IBAN
Datum_Unterschrift

## Vertreibung von Obdachlosen

Für mehr Sicherheit und Profit

In einem Londoner Hauseingang wurden jüngst Metall-Spikes am Boden befestigt. Der dornige Untergrund sollte verhindern, dass Obdachlose diese wind- und regengeschützte Ecke als Unterschlupf nutzen konnten. Mittlerweile sind die Metallstachel entfernt – die Empörung, die sie auslösten, war zu groß. Allerdings ist solche eine stachelige Vertreibungsmaßnahme kein Einzelfall und nur eine von vielen im Repertoire – und zwar nicht nur in London.

Beliebt ist dabei das Bewässern der Schlaf- und Aufenthaltsorte von Obdachlosen durch Sprinkleranlagen. Doch auch ein neues Design von Bänken mit abgerundeter Sitzfläche oder Armlehnen zwischen jeder Sitzmöglichkeit verhindern ein Hinlegen. Plumper können Schlafplätze natürlich auch einfach durch einen drei

Meter hohen Stahlzaun versperrt werden – wie dies vor knapp drei Jahren unter der Kersten-Miles-Brücke in Hamburg getan wurde. Und auch die für manche eher dezente und anmutig wirkende klassische Musik am Hamburger Hauptbahnhof dient dazu, Obdachlose und andere unliebsame Menschen zu vertreiben. Daneben gibt es dort mittlerweile auch Sondernutzungsrechte und das Sicherheitspersonal, das diese Menschen immer wieder vom Ort vertreibt. Öffentliche Räume, die bisher durch eine verwinkelte Architektur Sicht- und Windschutz bieten konnten, werden umgestaltet, sodass es keine halbwegs annehmbaren Aufenthaltsorte für Obdachlose gibt.

Und dies alles meist im Namen der Sicherheit. Der perfide Kniff ist dabei, die Obdachlo-

sen mit Kriminalität in Verbindung zu bringen, ohne sie selbst direkt zu kriminalisieren. Es wird behauptet die Anwesenheit von Obdachlosen an einem Ort zeuge von seinem „Verfall“ und bringe andere Menschen dazu, an diesem Ort Straftaten zu begehen. Nachgewiesen ist der Zusammenhang von „Unordnung“ und Kriminalität nicht – aber er erscheint vielen Menschen plausibel. Schließlich lässt sich so „akzeptal“ begründen, warum Obdachlose und andere unliebsame Menschen aus bestimmten Gegenden zu vertreiben sind. Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch, dass dieses Sicherheitsdenken gerade in profitversprechenden Gegenden wie gentrifizierten Vierteln oder Einkaufspassagen beliebt ist.

## Can Vies

Eine Geschichte ist noch nicht zu Ende

Am 26. Mai 2014 ließen die Regierenden von Barcelona das seit 1997 besetzte, selbstverwaltete soziale Zentrum Can Vies im Stadtteil Sants räumen. Ein in der Nachbar\_innenschaft anerkannter und geschätzter Ort des Austauschs, Miteinanders und kollektiven Lebens sowie Treffpunkt für soziale Bewegungen und Menschen mit verschiedensten politischen Einstellungen, unterschiedlicher Generationen sollte zerstört werden. Die Räumung stieß allerdings auf viel Widerstand: Erst nach sechs Stunden konnte das

dem Abriss begonnen, um eine erneute Besetzung zu verhindern.

„Die Räumung und der Abriss von Can Vies ist ein weiteres Beispiel für eine Städteplanung, die die Bürger nicht einbezieht. Die Menschen sind es leid, dass über sie hinweg entscheiden

Gegen Abend zog eine Demo mit tausenden Menschen laut, kraftvoll und wütend durch die Straßen von Sants und wurde wiederholt von der katalanischen Polizei angegriffen. So genannte Riot-Cops fuhren durch die Demo, um sie zu spalten und machten Jagd auf einzelne Demonstrant\_innen. Die Auseinandersetzungen dauerten bis in die Nacht und wurden von brutalen Angriffen der Polizei zum Teil auf Nicht-Beteiligte überschattet.

In den folgenden Tagen breiteten sich die Unruhen über ganz Barcelona und größere

Städte Spaniens aus, in einer nächtlichen Aktion ging sogar ein Bagger der Abrissfirma in Flammen auf. Der Abriss wurde auf Grund des hohen Drucks gestoppt. Dies machten sich tausende Menschen zu Nutze und zogen am folgenden Samstag zu den Überresten von Can Vies und begannen eigenhändig mit dem Wiederaufbau des Hauses. Hoffentlich mit Erfolg.



## All in one rhythm?!

Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Brasilien

Während 600.000 ausländische Besucher\_innen die „große WM-Party“ feiern und Präsidentin Dilma Rousseff das Fifa-Geschäft Fußball-Weltmeisterschaft der Männer trotz Rekord-Kosten in Höhe von 50 Milliarden Dollar und horrenden Schulden immer noch als Image-Aufbesserung für Brasilien zu verkaufen versucht, liegen medizinische Versorgung, öffentlicher Transport und Bildung in Brasilien nach wie vor brach, in öffentlichen Krankenhäusern sterben Menschen, weil nicht genug Ärzt\_innen angestellt werden, Universitäten sind chronisch unterfinanziert und allein in der Metropole Sao Paulo leben fünf Millionen Menschen auf der Straße.

Der Bau zwölf neuer Stadien für die Fußball-WM der Männer und die Olympischen Spiele, die 2016 in Brasilien stattfinden werden, wurde zu 90 % aus öffentlichen Mitteln finanziert. Insgesamt wurden im Zuge der Umstrukturierung zugunsten der WM in ganz Brasilien über 250.000 Wohnungen und Häuser ohne vorherige Information der Bewohner\_innen zwangsgeräumt, ohne dass diesen adäquate Alternativen zur Verfügung gestellt wurden. In Sao Paulo etwa, wo seit Jahren große Wohnungsnot herrscht, gab es knapp 90.000 Zwangsumsiedlungen und Enteignungen durch die Militärpolizei, während zugleich die Mieten in Stadionnähe rasant stiegen.

Die Proteste dagegen begegnen einer immensen Welle von Repression: Wenige Stunden vor Beginn des Turniers schoss die Polizei mit Blendgranaten, Tränengas und Gummigeschossen auf eine Demonstration von WM-Gegner\_innen, und noch während der WM-Partie zwischen den Mannschaften von England und Uruguay fand in Sao Paulo eine Demonstration mit 6.000 Teilnehmer\_innen statt, die ebenfalls gewaltsam aufgelöst wurde. Ende Februar wurden bei einer Demonstration gegen die WM in Sao Paulo 262 Menschen festgenommen, und der Polizeioberst der Stadt schlug den Einsatz von Wasserwer-

fern mit blauer Farbe vor, um Teilnehmende der Proteste zu „markieren“. Kriegsschiffe, Drohnen, Hundestaffeln, gepanzerte Fahrzeuge und Hubschrauber stehen für einen möglichen Einsatz zur Verfügung. Bereits 2013 kaufte Brasilien im Zuge der Vorbereitung auf „gesellschaftliche Großereignisse“ wie die WM und Olympia 34 gebrauchte Flugabwehrkanonenpanzer von der BRD.

Im Vorfeld der WM wurden polizeiliche Aufgaben mittels einer Sonderregelung mit dem Titel „Sicherung von Gesetz und Ordnung“ an die Armee übertragen, es stehen 150.000 Soldat\_innen und Polizist\_innen bereit, um weitere Ausschreitungen während des Fußballturniers zu verhindern. Während die Demonstrant\_innen in der Presse als „Terrorist\_innen“ kriminalisiert werden, argumentiert die Regierung, eine Verschärfung des Strafrechts sei nötig, um den Sicherheitsauflagen der Fifa zu genügen. Es herrscht massive Polizeipräsenz an vielen öffentlichen Orten, und vor allem in den an den Zufahrtsstraßen zu Flughäfen gelegenen Favelas wurden Soldat\_innen stationiert, die diese teils bis November besetzt halten werden, um für „Sicherheit“ – wohl auch während der im Oktober anstehenden Präsidentschaftswahlen – zu sorgen.

Die zivilen Rechte der dort lebenden Menschen werden extrem eingeschränkt, ein Gericht stellte etwa einen kollektiven Durchsuchungsbefehl aus, der es Polizist\_innen erlaubt, gewaltsam in jedes beliebige Haus einzudringen. Polizist\_innen hingegen müssen kaum mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen; bislang wurde kein\_e einzige\_r Polizeibeamt\_in im Zuge der Demonstrationen belangt. Es ist zu befürchten, dass die Militarisierung und die Einschränkung von Bürger\_innenrechten sich auch nach der Fußball-WM fortsetzen werden. Vor diesem Hintergrund ist Präsidentschaftsminister Gilberto Carvalho vielleicht sogar zuzustimmen, wenn er angesichts der Proteste bemerkt: „Mit der WM hat das wenig zu tun.“



## zappenduster

NAHVERKEHR FÜR ALLE!

Wer es angesichts immenser Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bevorzugt, ohne Fahrkarte zu fahren, kann sich in Stockholm gegen das Risiko des Erwischtwerdens nun versichern. Dort hat sich eine Schwarzfahrer\_innenversicherung gegründet, deren Mitglieder 11 Euro im Monat zahlen und dafür das Bußgeld erstattet bekommen, wenn sie in eine Kontrolle geraten. In der BRD scheint es so etwas in größerem Stil noch nicht zu geben, allerdings helfen sich Schwarzfahrer\_innen etwa über die Facebookseite „Schwarzfahren Hamburg“, auf der vor Kontrolleur\_innen gewarnt wird. Dass mit Schwarzfahren der Druck erhöht werden kann, die Preise für den ÖPNV zu senken, zeigt das Beispiel Frankreich: Dort ist die Beförderung in manchen Städten inzwischen gratis.

KEINE ENTSCHÄDIGUNG FÜR POLIZEIGEWALT

Das Landgericht Hamburg hat die Klage des Journalisten Sven Klein abgewiesen, der nach dem brutalen Überfall der Polizei auf das Jolly Roger Schmerzensgeld und Schadensersatz gefordert hatte. Im Juli 2009 hatten Polizist\_innen die St.-Pauli-Fankneipe unter massivem Pfefferspraysinsatz gestürmt und Klein dabei mit einem Schlagstock fünf Zähne ausgeschlagen. Seine Schilderung der Ereignisse stimmte aber nach Ansicht des Gerichts nicht mit der Aussage des weiteren Hauptzeugen überein. Die Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Polizist\_innen waren schon vor längerem eingestellt worden. (skandalmelder.info/polizei-hamburg)

ARBEITSKAMPF AUCH IM KNAST!

Im Gefängnis Berlin-Tegel haben Insass\_innen eine Gewerkschaft gegründet. Ziele sind vor allem ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro auch für Gefangene und Beitragszahlungen zur Rentenversicherung. Obwohl Gefangene in deutschen Vollzugsanstalten zum Arbeiten verpflichtet sind, erhalten sie für die Tätigkeit in den Gefängnisbetrieben einen Stundenlohn von zwischen 1,20 Euro und 2,10 Euro. Zahlungen zur Rentenversicherung gibt es während der Inhaftierung nicht – mit gravierenden Konsequenzen für die Ansprüche im Alter.